

# „Fatal, was mit den Kindern passiert“

## 25 Jahre Donum Vitae Regensburg: Gespräch mit Buchautor Ulrich Schneider

**Regensburg.** (red) 25 Jahre Donum Vitae Regensburg: Das war der Anlass für einen Gesprächsabend mit dem langjährigen Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die am Dienstag im Pfarrsaal von St. Anton stattfand, stand Schneiders Buch „Krise - Das Versagen einer Republik“.

Schneider analysiert darin die aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland. Probleme, die auch in der Beratungsarbeit tagtäglich spürbar würden, erklärte die Leiterin der Beratungsstelle, Doris Schiller. „Wir haben noch nie so viele erschöpfte Eltern erlebt, wie aktuell. Familien kommen immer mehr an Grenzen, vor allem finanziell.“

### **Drei Problemfelder: Niedriglohn, Mieten, Pflege**

Unter der Moderation von Michael Bothner, Redakteur der Regensburger Zeitung, erläuterte Schneider zunächst den aus seiner Sicht immer stärkeren Sozialabbau in Deutschland. Der habe bereits in



Ulrich Schneider (links), daneben Moderator Michael Bothner. Foto: Donum Vitae

den 2010er Jahren angefangen, sich besonders in den Krisen der letzten Jahre zunehmend verschärft. Die Armutsquote in Deutschland betrage mittlerweile 16,6 Prozent. Bis 2000 lag sie noch bei zehn Prozent. Bei den alleinerziehenden Frauen betrage der Anteil bereits 43 Prozent. Am stärksten betroffen: die Kinder. Jedes fünfte Kind in Deutschland sei armutsgefährdet. Wie solle sich so ein Kind entwickeln, bilden können, wenn es in einer Umgebung aufwachse, die von Armut geprägt sei. „Nichts ist

schlimmer als Existenzängste“, so das Fazit von Schneider.

Schneider nannte drei Problemfelder, die zu dieser dramatischen Entwicklung beitragen würden: Der große Niedriglohnsektor („Wir bräuchten einen Mindestlohn von 15 Euro“), der immer stärker werdende Anstieg der Wohnmieten, die Pflege. Schon jetzt müssten 40 Prozent der Pflegebedürftigen Grundsicherung beantragen, weil sie den Eigenanteil von 3.000 Euro nicht leisten könnten. Die Probleme würden zwar von der

aktuellen Regierung richtig benannt. Doch bei deren Beseitigung wirke diese eher hilflos. Das zeige sich darin, dass man jetzt erst mal 41 Kommissionen einberufen habe, bevor man entscheiden wolle. Schneider plädierte für eine solidarische Politik. „Diejenigen, die finanziell breite Schultern haben, müssten stärker belastet werden.“ Beispiel Bürgerversicherung: Es müssten alle in dasselbe System einzahlen, egal ob Beamte, Freiberufler, Minister oder Abgeordnete. Und: Es müssten alle Einkommen mit einbezogen werden, auch Kapitalerträge oder Erträge aus Vermietung und Verpachtung. „Die Politik muss den Mut haben umzuverteilen“, so die Einschätzung von Schneider.

Was könne der Einzelne tun, um aus der aktuellen pessimistischen Grundstimmung herauszukommen, fragte Moderator Bothner. „Die Nöte der Ärmsten Ernst nehmen“, empfahl Schneider. Das genaue Hinschauen sei ein erster Schritt. Und: „Immer wieder an die Kinder denken. So wie sich unsere Kinder entwickeln, so wird sich auch unsere Gesellschaft entwickeln.“